

ENERGIE

## Gazprom setzt auf Merkel

Die mögliche Partnerschaft zwischen dem russischen Energieriesen Gazprom und dem deutschen Stromprimus RWE soll bereits in der nächsten Woche bei einem deutsch-russischen Staatstreffen in Hannover auf höchster politischer Ebene thematisiert werden. Nach derzeitiger Planung, heißt es in Verhandlungskreisen, wolle der russische Präsident Di-

mitrij Medwedew die geplante Kooperation direkt mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) besprechen und die mögliche Bereitschaft der deutschen Regierung für einen breiten Einstieg des Gasmultis auf dem deutschen Markt testen. Unterdessen werden in den Konzernen bereits konkrete Verhandlungsteams zusammengestellt. Sie sollen in den nächsten Wochen ausloten, welche Kooperationsmöglichkeiten zwischen den beiden Unternehmen möglich sind. Im Gespräch ist nicht nur die Bildung einer gemeinsamen europäischen Kraftwerkstochter, sondern mittelfristig

möglicherweise sogar eine Beteiligung von Gazprom am Essener Konzern. In den an RWE beteiligten Kommunen regt sich unterdessen heftiger Widerstand gegen den Überraschungscoup von RWE-Chef Jürgen Großmann. Dort glaubt man, dass der umstrittene Manager vor der am 8. August geplanten Sondersitzung des Aufsichtsrates lediglich seine Machtposition festigen wolle und dabei sogar eine Zerschlagung des Ruhrgebietskonzerns in Kauf nehme. Das jedoch wollen die Kommunen unter allen Umständen verhindern. Selbst eine Aufstockung der eigenen Anteile wird inzwischen erwogen.



Merkel, Medwedew

PREISABSPRACHEN

## Berufung gegen Kartellstrafe

436

Kartellbeschlüsse

fasste die EU-Wettbewerbsbehörde seit dem Jahr 2000.

15,83

Milliarden Euro

nahm die EU-Kommission mit Bußgeldern wegen Kartellverstößen seit dem Jahr 2000 ein.

Eines der spektakulärsten Kartellamtsverfahren der letzten Jahre ist für die EU-Kommission noch nicht ausgestanden. Der Aufzughersteller Schindler will gegen ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) Berufung einlegen. Das Gericht bestätigte vergangene Woche die Rechtmäßigkeit einer Kartellstrafe gegen die Aufzughersteller Schindler, Otis und Kone. Die EU-Kommission belagte die drei Unternehmen sowie ThyssenKrupp im Jahr 2007 mit einem Bußgeld in Höhe von knapp einer Milliarde Euro. Es war eine der höchsten Summen, die je als Strafe wegen illegaler Preisabsprachen ausgesprochen wurde. Alle vier klagten gegen das Bußgeld. Lediglich für ThyssenKrupp reduzierte der EuGH die Strafe von 480 Millionen Euro auf 320 Millionen Euro. Nach Ansicht der Richter hat die EU-Kommission eine zu hohe Strafe angesetzt, weil sie ThyssenKrupp zu Unrecht als Wiederholungstäter ansah. Die übrigen Wettbewerber wollen sich mit dem Urteil nicht abfinden. Neben Schindler erwägen auch Otis und Kone, gegen das Urteil des EuGH Berufung einzulegen.